

Erscheint zweimal
monatlich!
Abonnement für
10 Nummern S 1.—
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-
Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVIII,
Vinzengasse 24, Tel.
20-2-69. — Admini-
stration: Wien, II,
Novaragasse Nr. 24/22,
Telephon Nr. 86-8-23
Alleinige Inseraten-
annahme Wien, V,
Kriehberggasse 8, Tel.
Nr. 56-6-23

ORGAN FÜR DIE WERKTÄTIGEN ÖSTERREICHS

1. Jahrgang

Wien, Mitte Juli 1927

Nr. 9

Der Raubangriff des Bürgerblocks.

Im Wahlkampf haben sich viele Zehntausende von Kleinbürgern aus der kapitalistischen Front, der sie bisher als Reserve folgten, losgelöst und sind übergegangen zur Partei des radikalen Kleinbürgertums, das die Arbeitermasse als Reserve hinter sich zieht, zur Sozialdemokratie.

Um diese zahlenmäßige Schwächung ihrer Reserven, diesen Ruck nach links, wettzumachen, haben sich alle kapitalistischen Schichten zusammengeslossen zum Bürgerblock. Seine Hauptanstrengung geht jetzt darauf, dem Abbröckelungsprozeß der kapitalistischen Reserven Einhalt zu tun, insbesondere in den Dörfern, wo die radikal kleinbürgerliche Politik Fuß zu fassen beginnt, nicht nur bei der Dorf- armut, sondern selbst bei den Kleinbauern.

Diesem Hauptzweck dient die Zolloffensive. Die Zölle für alle agrarischen Produkte (insbesondere Getreide, Mehl, Vieh, Fleisch, Butter), also ihre Preise sollen gewaltig erhöht werden. Den Hauptgewinn davon haben die Großgrundbesitzer und Großbauern, etwas wirds auch den Mittelbauern tragen. Die Kleinbauern haben nichts davon, ja werden sogar daraufzahlen. Dies umsomehr, als sich die Industriekapitalisten die Agrarzölle mit Industriezöllen bezahlen lassen, wodurch die Preise fast aller Bedarfsartikel in die Höhe geschraubt werden. Aber wie schon so oft werden große Massen der Kleinbauern auf den Schein hineinfallen. Ähnlich wie große Arbeitermassen sich durch kleine Geld-Lohn-erhöhungen einfangen und einullen lassen und zu spät merken, daß ihnen bald darauf die fortschreitende Teuerung mehr an Reallohn weggenommen hat als sie an Geldlohn zubekommen haben.

Die Zeche bezahlen die Arbeiter und Angestellten. Aus ihrer Tasche werden die Zölle, werden die durch die Zölle erhöhten Preise, werden die erhöhten Zolleinnahmen des Staates und die wachsenden Profite der Agrarier und der Industriellen gepumpt werden. Wozu noch kommt, daß diese Politik die Ausfuhr insbesondere in die benachbarten Agrarländer (Ungarn, Jugoslawien) erschwert, was viele Tausende Arbeiter mit Arbeitslosigkeit bezahlen müssen.

Seit mehr als zwei Monaten führt gegen diesen Raubzollangriff die Sozialdemokratie einen zähen Kampf im Parlament. Sie macht passive Resistenz. Der Bürgerblock kommt nicht vorwärts. Die Bourgeoisie ist wütend. Gleich Raubtieren, die frisches Fleisch riechen, fletschen die Großagrariere die Zähne nach der Zollbeute. Der Landbund verlangt seinen Preis für die Blocktreue. Und draußen in den Dörfern schleicht die Unzufriedenheit durch die bäuerlichen Reserven.

Seit mehr als zwei Monaten verhindert die Sozialdemokratie die Gesetzgebung der Zollvorlage. Will sie sie wirklich verhindern? Nein. Sie macht Vorschläge, wie man den »Schutz der Landwirtschaft« (das sind Geschenke für Großgrundbesitzer, Großbauern, Mittelbauern) billiger bewerkstelligen könnte. Viehmastprämien sind in der Tat billiger als Vieh- und Fleischzölle. Aber nach dem sozialdemokratischen Antrag sollen die Viehmastprämien aus den Staatseinnahmen gezahlt werden. Da der Staat seine Einnahme fast ganz aus der Tasche des Proletariats holt, so sollen die Proletarier den Agrariern die Prämien bezahlen!

Den Kampf für dieses »billigere« Geschenk führt die Sozialdemokratie nur propagandistisch. Genau so wie den Kampf für das frühere Inkrafttreten der Alters- und Invaliditätsversicherung und für die Altersfürsorgerechte der arbeitslosen Alten.

Die passive Resistenz führt die S.P. für andere Ziele. Sie verlangt die Einbeziehung der arbeitslos gewordenen Forst- und Sägearbeiter in die Arbeitslosenversicherung; der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Kranken- sowie in die Alters- und Invaliditätsversicherung; Einschränkung der fremden Wanderarbeiter auf das zur Rübenarbeit unerläßliche Maß sowie paritätische Kontrolle der Zulassung und Vermittlung der fremden Wanderarbeiter durch Gewerkschaft und Unternehmerverband; Heimstätten für die Landarbeiter; dauerndes Pächterschutzgesetz für die Kleinpächter; Hilfe den Kleinbauern und Weinbauern. Die Sozialdemokratie ist bereit, ihre passive Resistenz gegen die Zollvorlage einzustellen und sich auf die propagandistische Abwehr zu beschränken, wenn der Bürgerblock in den erwähnten Fragen Konzessionen macht.

Die Lohnforderungen der Metallarbeiter.

Heraus aus den Schützengräben!

Herauf mit den Löhnen – bevor die neue Teuerung kommt!

Seit dem großen Streik der Metallarbeiter im Jahre 1924, also seit drei Jahren, wurden in der Metallindustrie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Löhne nicht erhöht.

Die Löhne des Großteils der Metallarbeiter stehen unter dem vom Einigungsamt errechneten Existenzminimum von 200 Schilling monatlich.

Die dauernde Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel hat den Lohnschilling entwertet. Die Steuern allein sind seit 1924 um 50 Prozent und noch mehr gestiegen.

Die ausgewiesenen Profite der Kapitalisten sind trotz der Wirtschaftskrise bedeutend gewachsen. Die Großbanken allein haben 1926 öffentlich 250 Millionen Schilling an Gewinn ausgewiesen. (Die verheimlichten Profite sind da nicht eingerechnet).

Die Konzentration, Zentralisation und Rationalisierung der Industrie hat den Kapitalisten steigende Gewinne gebracht; den Arbeitern sinkende Reallohne bei wachsender Ausbeutung und Massenarbeitslosigkeit.

Die Löhne der Metallarbeiter sind dieselben wie 1924, ihre Kaufkraft ist gemessen an den Preisen um 25 Prozent gesunken. Dabei ist die Arbeitsleistung durchschnittlich um 50 Prozent gestiegen.

Der Lohn der Hilfsarbeiter und Frauen und selbst eines Teiles der qualifizierten Arbeiter schwankt zwischen 18 bis 40 Schilling. Von diesen Hungerlöhnen sollen die Metallarbeiter ihre Kinder »ernähren!«

Im planmäßigen Kleinkrieg durchbrechen die Unternehmer die sozialen Errungenschaften, drücken die Löhne und steigern die Arbeitslosigkeit.

Die große Not, die drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit lähmt die Widerstandskraft des Arbeiters, treibt ihn zur Ueberstundenarbeit.

Der Bericht der Gewerkschaftskommission empfiehlt den Gewerkschaften, mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise, im Schützengrabenkrieg die Angriffe der Unternehmer abzuwehren.

Mit Recht stellt der »Metallarbeiter« vom 18. Juni im Leitartikel fest, daß die Erklärung der Gewerkschaftskommission nicht genügt und gibt die Losung: »Mehr Aktivität!«

Ein Blick auf die Löhne genügt, um zu beweisen, daß der Schützengrabenkrieg des Metallarbeiterverbandes die Angriffe der Unternehmer nicht abgewehrt hat. Im Gegenteil, die Unternehmer sind in unsere Schützengräben eingedrungen.

Nur der geschlossene Gegenangriff kann die verlorene Stellung wieder erobern, die Kaufkraft der Löhne der Teuerung anpassen und die Unternehmerwillkür in den Betrieben dämpfen.

Erzielen die Unternehmer und Banken trotz der Wirtschaftskrise Riesenprofite, so muß der Metallarbeiterverband um die Verkleinerung des Unternehmerprofits zugunsten der Metallarbeiter kämpfen.

Wir stehen am Anfang einer neuen Teuerungswelle, hervorgerufen durch die neue Zollvorlage der Regierung.

Die Metallarbeiter müssen schleunigst ihre alte Rechnung präsentieren. Der Lohnkampf darf nicht verschleppt werden.

Nicht betriebs- und gruppenweise darf verhandelt werden. Der Zersplitterung durch die Betriebs- und Gruppenverträge muß durch einen Industrierauhenvertrag für die Metallarbeiter von Wien ein Ende gesetzt werden.

Die Minimalforderungen der Metallarbeiter von Wien müssen aufräumen mit der Schande der bestehenden Mindestlöhne.

Die Schundlöhne der Arbeiterinnen müssen nach dem Grundsatz: »Gleicher Lohn für gleiche Leistung!«, den Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter angepaßt werden.

Die große Distanz zwischen den Löhnen der großen Mehrheit der Metallarbeiter und den Spitzenverdiensten muß durch eine progressiv steigende Erhöhung der Löhne nach unten ausgeglichen werden.

Metallarbeiter, tretet für die restlose Er kämpfung der im Innern des Blattes (Seite 2) detailliert formulierten Forderungen ein! Fordert von der Gewerkschaftskommission und Verbandsleitung, daß sie ihre eigene Losung verwirklichen: »Verteidigung unserer Positionen, Abwehr des Unternehmerangriffs!«

Arbeiter, Angestellte aller Branchen, es geht auch um euer Interesse! Im Lohnkampf der Metallarbeiter fällt die Vorentscheidung über eure Löhne und Arbeitsbedingungen!

Soll das Proletariat den Landarbeitern, Forst- und Sägearbeitern helfen? Selbstverständlich!

Soll das Proletariat den Kleinpächtern, Kleinbauern, Kleinbauern helfen? Das Kleinbürgertum in Stadt und Dorf ist heute vom Kapital angegriffen, es wehrt sich gegen denselben Feind, gegen den die Arbeiter und Angestellten kämpfen. Also müssen wir ihnen in unserem eigenen Interesse helfen.

In dieser Richtung muß das Proletariat die sozialdemokratische Politik unterstützen.

Aber auf wessen Kosten soll den Land-, Forst- und Sägearbeitern, Kleinpächtern, Kleinbauern und Kleinbauern geholfen werden? Indem die Sozialdemokratie die Zollvorlage gegen jene Konzessionen durchläßt, wird die Hilfe bezahlt aus den Taschen derer, die die Zölle zahlen, aus den Taschen der Proletarier.

Es wird kleinbürgerlichen Schichten geholfen — auf Kosten des Proletariats.

Es wird einzelnen proletarischen Schichten geholfen — auf Kosten des Proletariats.

Diese Methode müssen die Arbeiter und Angestellten ablehnen und bekämpfen.

Proletarisch ist nur solche Politik, die den proletarischen Schichten, die den vom Kapital

angegriffenen kleinbürgerlichen Schichten hilft auf Kosten der Kapitalisten!

Im Falle der Kleinrentner hat die S.P. den richtigen Weg beschritten: den durch die Seipelkrone geschädigten Kleinrentnern soll geholfen werden auf Kosten lediglich derer, die ein Einkommen von mehr als 10.000 Schilling im Jahr versteuern oder Körperschaftssteuer entrichten (Aktiengesellschaften). Hier wird dem vom Kapital angegriffenen Kleinbürgertum geholfen auf Kosten der Kapitalisten.

Die Sozialdemokratie muß die Raubzölle verhindern, indem sie ihre passive Resistenz im Parlament durch Mobilisierung der Massen in Stadt und Dorf verstärkt. Sie muß diesen Massendruck auswerten zur Hilfe für die Land-, Forst-, Sägearbeiter, Kleinbauern, Kleinbauern — auf Kosten der Kapitalisten!

Jede andere Methode bedeutet die Löhne und Gehälter — sie stehen heute fast durchwegs unter dem Existenzminimum! — und die Arbeitslosenunterstützung, die noch viel tiefer steht, in ihrer realen Kaufkraft mindestens um ein Drittel senken.

Die Minimalforderungen der Metallarbeiter.

Erhöhte Aktivität! Auch in Krisenzeiten gibt es für die Gewerkschaftsorganisation eine Menge von Fragen, die aufgerollt, geklärt, gelöst werden müssen und sei es um den Preis eines Kampfes. Die Denkart der Arbeiter wünscht auch von den Gewerkschaften respektiert zu werden. („Metallarbeiter“ vom 18. Juni 1927).

Metallarbeiter! Fordert in allen Betriebs-, Abteilungs- und Gewerkschaftsversammlungen, daß die Verbandsleitung ihre oben angeführten Worte in die Tat umsetzt und für die restlose Durchsetzung folgender Forderungen eintritt:

Die Mindeststundenlöhne

sollen festgesetzt werden:

- a) für Professionisten
 - im 1. Gehilfenjahr 0.90 S (bisher 0.60 S)
 - im 2. Gehilfenjahr 0.95 S (bisher 0.66 S)
 - im 3. Gehilfenjahr 1.— S (bisher 0.85 S)
- b) für qualifizierte Hilfsarbeiter bei jener Beschäftigung, in der sie mindestens zwei Jahre ununterbrochen tätig waren:
 - über 17 bis 20 Jahre 0.90 S (bisher 0.54 S)
 - über 20 bis 22 Jahre 0.95 S (bisher 0.60 S)
 - über 22 Jahre 1.— S (bisher 0.85 S)
- c) für qualifizierte Hilfsarbeiter, die noch keine zwei Jahre als solche tätig waren:
 - über 17 bis 20 Jahre 0.85 S (bisher 0.54 S)
 - über 20 bis 22 Jahre 0.90 S (bisher 0.58 S)
 - über 22 Jahre 0.95 S (bisher 0.74 S)
- d) für ungelernete Hilfsarbeiter:
 - unter 17 Jahre 0.50 S (bisher 0.29 S)
 - über 17 bis 20 Jahre 0.75 S (bisher 0.54 S)
 - über 20 bis 22 Jahre 0.80 S (bisher 0.56 S)
 - über 22 Jahre 0.86 S (bisher 0.74 S)
- e) für Arbeiterinnen:
 - unter 17 Jahre 0.50 S (bisher 0.26 S)
 - über 17 bis 20 Jahre 0.70 S (bisher 0.29 S)
 - über 20 Jahre 0.80 S (bisher 0.43 S)
- f) für Schnitt- und Stanzen Schlosser, Werkzeugenschlosser und Werkzeugdreher, Modelltischler, Anreiber und Einsteller:
 - im 1. Gehilfenjahr 0.95 S
 - im 2. Gehilfenjahr 1.— S
 - im 3. Gehilfenjahr 1.10 S

Die Stundenlöhne

aller Lohnarbeiter sollen nach folgender Skala erhöht werden:

- bis zu 1.— S um 30 Prozent
- von 1.— S bis 1.05 S um 27,5 Prozent
- von 1.05 S bis 1.10 S um 25 Prozent
- von 1.10 S bis 1.15 S um 22,5 Prozent
- von 1.15 S bis 1.20 S um 20 Prozent
- von 1.20 S bis 1.25 S um 17,5 Prozent
- von 1.25 S bis 1.30 S um 15 Prozent
- von 1.30 S bis 1.37 S werden auf 1.50 S erhöht und
- von 1.37 S aufwärts um 10 Prozent.

Die Akkordpreise

sollen ohne Ausnahme um 25 Prozent erhöht werden, wobei jede(r) Akkordarbeiter(in) den Mindeststundenlohn erreichen muß.

Die Löhne

der Portiere, Nachtwächter, Kutscher, Mitfahrer, Chauffeure usw., sind um 25 Prozent zu erhöhen.

Alle Zulagen,

wie Nacht- und Montagezulagen usw. sind um 25 Prozent zu erhöhen.

Die Lehrlingsentschädigung

ist um 25 Prozent zu erhöhen.

Die Erfüllung dieser Forderungen bedeutet, wie eine genaue Prüfung sofort ergibt, keine reale Lohnerhöhung gegenüber dem Reallohn von 1924. Die Erkaufung dieser Löhne wäre nur eine Valorisierung der seit 1924 bis jetzt entwerteten Geldlöhne.

Mit dieser Lohnerhöhung wäre auch die Teuerungswelle, die Gesetzwerdung der Zollvorlage, des Bürgerblocks nach sich ziehen würde — diese Teuerungswelle hat schon begonnen — noch nicht wettgemacht. Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß die Zollvorlage, wie es den Interessen des Proletariats entspricht, verhindert wird — oder sie müssen entsprechend der neuen Teuerung neue Forderungen stellen.

Die Metallarbeiter dürfen keine Zeit verlieren. Soll ein weiteres Sinken der Reallöhne verhindert werden, so muß die ganze Kraft der Metallarbeiter in den Kampf geworfen werden.

Unter dem Deckmantel des Pazifismus.

Der Imperialismus liebt es, seine blutigen Geschäfte stets mit einem leuchtenden, süßlichen Zweck zu begründen. Im Namen der »Zivilisation« werden die unterdrückten Völker Asiens und Afrikas geknechtet, im Interesse der »vaterländischen Kultur« werden die Kriege gegen das »benachbarte Barbarentum« geführt und gegenwärtig geschieht alles, von den Attentaten der mexikanischen Pfaffen bis zu den Provokationen der englischen Konservativen, im Dienste der »abendländischen Demokratie.«

Am liebsten bedient sich der Imperialismus, um der Anklage durch die Volksmassen zu entgehen, jener berufsmäßigen Demokraten und Pazifisten als Verteidiger der »abendländischen Demokratie«, die ihre Rolle als Arbeiterführer darin sehen, voll feinem, nationalem Takt für die Vergewaltigung der Demokratie in eigenen Lande blind und taub zu bleiben. dafür aber umso marktschreierischer ans Werk zu gehen, wenn das Geschäft des Imperialismus ihr Geschrei über die im Nachbarland »beleidigte Demokratie« zur Maskierung seiner Pläne bedarf.

Zu solchen Handlungen des englischen Imperialismus entwickeln sich mehr und mehr die Führer des englischen Generalrates der Gewerkschaften, die mit den russischen Gewerkschaften zusammen noch immer dem anglo-russischen Komitee angehören.

Oh, die Herren, die vor einem Jahr die englische Arbeiterklasse in eine schmachvolle Niederlage im Generalstreik geführt haben, haben es nicht gewagt, der englischen Regierung das Mißtrauen auszusprechen, als diese in schamloser Weise den Sowjetstaat provozierte und in die »Arko« einbrechen ließ. Sie haben auch nicht gemerkt, die unschuldsvollen Knaben, wie der englische Imperialismus fieberhaft daran arbeitete, mit allen Mitteln — von der Kreditsperre bis zur Organisation von Attentaten — den Sowjetstaat »sturmreif« zu machen.

Als aber die Sowjetregierung, nachdem eine Serie von Attentaten der ganzen Welt bewies, daß ein Zusammenhang zwischen der englischen Kriegspolitik gegen Sowjetrußland und der Aktivität der weißgardistischen Konterrevolution besteht, als dann die Sowjetregierung einige von den Weißgardisten entsprechend bestrafte, da schlug das Gewissen dieser heuchlerischen Demokraten vom englischen Generalrat. Da protestierten sie.

Aber nicht nur die englischen »Arbeiterführer«! Je näher wir dem nächsten Weltkrieg kommen, umso klarer richten sich die Fronten aus. In dasselbe Horn wie die englischen »Demokraten« stieß die »Arbeiter-Zeitung« im Namen der »Menschlichkeit«, Spaltenlange Artikel widmete sie dem »Wiedererwachen des Terrors« in Rußland und schleuderte ihre pazifistischen »Blitze« auf das »rohe Barbarentum« des Bolschewismus.

Nichts ist banaler und kleinbürgerlicher als der Revolution ihre Opfer vorzuhalten und sie nach dem schematischem Grundsatz »getötet ist getötet« mit der Reaktion auf ein Niveau zu stellen. Wenn die Reaktion in Bulgarien, Ungarn, Italien usw.; nach dem Henkerbeil greift, um Revolutionäre zu töten, so liegt das Grauenhafte nicht darin, daß ein menschliches Individuum vernichtet wurde. Dieses Moment ist für den kleinbürgerlichen Individualisten, nicht aber für den proletarischen Revolutionär entscheidend. Das Mörderische in solchen Handlungen der Reaktion liegt darin, daß sie von einer überlebten Ordnung begangen werden, die, um ihre Lebenszeit zu verlängern, mit den Mitteln des nackten Mordes den objektiv notwendigen, gesellschaftlichen Fortschritt aufzuhalten sucht. Jede Handlung, die eine überlebte Gesellschaftsordnung begeht, um sich mittels Gewalt zu behaupten, ist verbrecherisch.

Nur die Klasse des gesellschaftlichen Fortschritts besitzt »Recht auf Gewalt«. Die Bourgeoisie hatte ihren Terror 1789 gegen die Aristokratie — und sie tat gut daran. Heute ist das Proletariat die Klasse des Fortschritts. Wenn der proletarische Sowjetstaat im Interesse des internationalen Proletariats die weißgardistische Gefahr im Keime zertritt — so hat er das Recht dazu. Wer dem Sowjetstaat dabei in die Arme fällt — und mag er sich welcher Stunde immer bedienen — nützt in der gegenwärtigen Situation objektiv nur dem Imperialismus, mag er es subjektiv auch gar nicht wollen.

Zum Parteitag der Anarcho-Kommunisten.

Nach zwei Jahren, nach einer Serie schwerer Niederlagen, die die Partei aufs Schwerste erschütterten und schließlich das bankrotte Zentralkomitee zwangen, um sich an der Macht zu halten, alle wirklichen Kommunisten auszuschließen, die Partei zu spalten, also nach einer mehr als ereignisreichen Periode trat endlich der Parteitag zusammen.

Alle Delegierte waren — mit Recht — unzufrieden, da sie aber angstvoll einer wirklichen Analyse der falschen Politik auswichen, so entwickelte sich das groteske Schauspiel, daß es auf dem ganzen Parteitag nicht zwei übereinstimmende Meinungen gab.

Da jeder eine eigene Meinung hatte — und nur das Eine war allen gemeinsam, daß jede dieser Meinungen mit dem Leninismus nichts zu tun hatte — so mußten sie natürlich einander »korrigieren« und schließlich landeten die armen Schwätzer in der »R. F.« und am Parteitag dabei, einander als »Sozialdemokraten« zu denunzieren.

Bittgesuche an den Bund und die Gemeinde Wien.

Der 20. Bezirk ist durch die zahlreichen Wohn-

baukomplexe im Bezirksteil »Zwischenbrücken« einer der dichtbevölkersten Stadtteile geworden und doch lebt man dort, ohne verschiedener nützlicher Einrichtungen teilhaftig werden zu können. Es soll hier die Rede sein von den Bewohnern der Engerthstraße.

Drei Gemeindegassen in dieser Straße weisen zweifellos eine bedeutende Anzahl von Mietern auf, die in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes ein »Postkastel« vermissen. Wenn schon nicht anzunehmen ist, daß 36 Stiegenhäuser wie im »Block II« oder 24 Stiegenhäuser im »Block I« und der »Robert Blumhof« je ein Postkastel bekommen werden, so soll doch die »höchste« Postverwaltung wenigstens ein einziges an einer günstigen Stelle anbringen lassen.

Sehr sehr neugierig sind auch sehr viele, wann eigentlich die 11er Linie verlängert wird. Es wäre Hunderten geholfen, die jetzt eine halbe Stunde gehen müssen, um 5 Minuten mit der Straßenbahn fahren zu können. Natürlich hat das ganze wieder ein Haken und zwar die Nordbahnbrücke. Der Bund weigert sich, die Brücke so herzurichten, daß unter ihr die Straßenbahn verkehren kann. Weil wir in Oesterreich leben, ist es kein Wunder, daß nach einem ganzen Jahr die Geschichte wieder einschläft. Selbstverständlich handelt es sich nicht um ein Villenviertel, sondern . . . , also, hüch Amissschimmel!

„Arbeiterkorrespondenz“

Lohnkampf der Kürschner.

Die Arbeiterschaft der Pelzbranche steht seit 27. Juni im Lohnkampf und haben sich ihr auch heuer wieder die Stückmeister angeschlossen. Durch die fortschreitende Teuerung sind die jetzigen Lohnsätze im selben Maße unzureichend geworden, als der geforderte Prozentsatz ausmacht.

Die Forderungen der Arbeiterschaft an die Unternehmer lautet: 20prozentige Lohnerhöhung für Kürschner und Maschinnäherinnen, 30prozentige Erhöhung für Staffiererinnen und vier Anschaffungsbeiträge in der Höhe eines ganzen Wochenlohnes, zahlbar im September, Oktober, November und Dezember.

Die Stückmeister fordern eine 15prozentige Erhöhung ihrer Tarifsätze und außerdem einen Zuschlag von 10 Prozent auf den Tarif für obige vier Monate.

Als Begründung der Forderungen mag auch die Tatsache gelten, daß bis zu 70 Prozent aller Brancheangehörigen ein halbes Jahr arbeitslos sind und sie daher in der Konjunkturzeit das möglichste herauschlagen müssen.

Die Eltern von schulfrei werdenden Kindern seien hiermit gewarnt, diese der Pelzbranche zuzuführen.

Nachstehend die alte Lohntabelle:

Löhne der Kürschner.

Die Minimallöhne der Kürschner betragen für:

	Schilling
Arbeiter Klasse I	59.—
Arbeiter Klasse II	47.20
Arbeiter Klasse III	29.50
Maschinnäherinnen	36.17
Staffiererinnen Klasse I	32.32
Staffiererinnen Klasse II	22.62
Staffiererinnen Klasse III	16.18
Staffiererinnen Klasse IV	9.70
Klopzulage	6.13

Lehrlingsskala:

Die Lehrlingslöhne betragen im	Schilling
ersten Halbjahr	4.—
zweiten Halbjahr	5.—
dritten Halbjahr	6.—
vierten Halbjahr	8.—
fünften Halbjahr	10.—
sechsten Halbjahr	13.—
siebenten Halbjahr	18.—

Rußlands Schwerindustrie im ersten Halbjahre 1926-27.

Die Produktion der russischen Schwerindustrie im ersten Halbjahr 1926—27 ist gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres bedeutend gestiegen. Die Gußeisenproduktion betrug 1,45 gegen 1,01 Mill. Tonnen (+ 43,4 Prozent), die Stahlproduktion 1,77 gegen 1,36 Mill. Tonnen (+ 29,3 Prozent) und die Produktion von Walzerzeugnissen 1,36 gegen 1,02 Mill. Tonnen (+ 32,1 Prozent). Die Erdölproduktion betrug in der Berichtszeit 4,92 Mill. Tonnen gegen etwa 2,6 Mill. Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Bohrtätigkeit ist von etwa 100.000 auf 170.913 Meter gestiegen.

Bau neuer Metallwerke in Rußland.

Auf dem Territorium der Sowjetrepubliken werden neue Metallwerke erbaut: Ein Werk in Magnitogorsk mit einer Produktion von 665.200 Tonnen Gußeisen im Jahr (Baubeginn 1927—28), in Krivo-Rog ein Metallwerk mit einer Produktion von 525.300 T. Gußeisen (Baubeginn 1928—29), dann ein Metallwerk in Kertsch, ferner in Swerdlowsk ein großes Maschinenbauwerk (Baubeginn 1927—28), eine große Waggonfabrik mit einer Produktion von 5000 großen Frachtwaggons in Tigil (Baubeginn 1927—28), eine Fabrik für Erzeugung von Traktoren (10.000 jährl.) in Stalingrad (Baubeginn 1927—28), eine Fabrik für Landwirtschaftsmaschinen in Rostow am Don (Baubeginn 1926—27).

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?

Wird die Arbeitslosigkeit in Oesterreich sinken?

1. Fortsetzung.

Von Josef Frey.

Gegenwärtig nimmt die Arbeitslosigkeit in Oesterreich ab. Dieses Abschwellen im Frühjahr, dieses Anschwellen im Herbst, das geht nun schon die Jahre so. Allein haben wir endlich mit einem anhaltenden Fällen der Arbeitslosigkeit zu rechnen?

Erfahrungsgemäß erreicht die Arbeitslosigkeit alljährlich ihren Höhepunkt im Februar, ihren Tiefpunkt im August. Amtlich wurden in Oesterreich unterstützte Arbeitslose gezählt: im Februar 1925 188.900 (im August 116.300), im Februar 1926 226.000 (im August 136.000), im Februar 1927 244.200 (im Juni 152.000). Rechnet man die Nichtunterstützten bei der Vermittlung Vorgemerkten dazu — der amtliche Bericht im Februar 1927 zählte ihrer 33.000, in Wirklichkeit ist die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen mindestens doppelt so groß — so ergibt sich: auf dem letzten Höhepunkt, im Februar 1927, belief sich die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich (die Familienangehörigen nicht mitgerechnet) auf 300.000! Wird diese Zahl im Februar 1928 noch übertroffen werden?

Ihren Staat haben die österreichischen Kapitalisten bis zu einem gewissen Grad saniert. Auf Kosten des Proletariats versteht sich. Ein großes Stück Arbeitslosigkeit danken wir dieser staatlichen Sanierung (Abbau usw.). Nun ist die Bourgeoisie daran auch ihre Wirtschaft zu sanieren. Sie bedient sich dabei folgender Hauptmittel:

1. Vereinigung mehrerer Betriebe (Zentralisation). Sodann Zusammenlegung, Stilllegung der nicht rentablen Betriebe und Fortsetzung der Produktion im rentabelsten Betrieb (Konzentration). Die Arbeiter und Angestellten der stillgelegten Betriebe entlassen. Diesen Prozeß haben wir 1925—26 in der Bankwirtschaft erlebt. Tausende Bankangestellte sind aufs Pflaster geflogen. Nun zentralisieren und konzentrieren die vier siegreichen Großbanken (Bodenkreditanstalt, Bankverein, Kreditanstalt, Eskomptogesellschaft), die so in ihre Kontrolle gelangten Betriebe. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten flogen und fliegen aufs Pflaster.

2. Zweckmäßigere (für die Kapitalisten) Gestaltung der (Profit-) Produktion (Rationalisierung). Zu den alten brutalen einfachen Formen (Erzwingen von Ueberstunden durch Niederhalten der Löhne, Erpressen größerer Arbeitsleistungen mit Akkord- und Prämien system) treten immer mehr die modernen Formen: Erpumpen höherer Arbeitsleistungen mittels Durchorganisation des Ar-

beitsprozesses (Stoppuhr usw., Taylorsystem), dasselbe automatisch bewirkt durch technische Neuorganisation des Produktionsprozesses (Fließband usw., Fordsystem). Infolge der gesteigerten Ausbeutung kann dieselbe, ja sogar eine bedeutend größere, Produktemasse mit einer weit verminderten Arbeiterzahl erzeugt werden. Aus den rationalisierten Betrieben fliegen Zehntausende von Arbeitern und Angestellten in die Arbeitslosigkeit.

Auch dort, wo die Rationalisierung nicht mit Arbeitsintensivierung verbunden ist (z. B. Einführung besserer Maschinen, Verbesserung der Organisation des Unternehmens ohne zunächst die Arbeitsleistung des Einzelarbeiters zu steigern), selbst in diesen Ausnahmefällen läuft die Rationalisierung darauf hinaus, daß das Gesamtprodukt verbilligt, in kürzerer Arbeitszeit hergestellt wird als bisher, daß also Arbeitskraft freigesetzt, die Arbeitslosigkeit gesteigert wird.

3. Dieses System der potenzierten Ausbeutung kann die Kapitalistenklasse nicht durchführen und behaupten ohne entsprechende Politik. Darum faßt sie unter Führung des Finanzkapitals alle ihre Schichten zu einem Block zusammen (Bürgerblock). Um ihn dauernd zusammenzuhalten, muß sie alle unzufriedenen kapitalistischen Schichten befriedigen. — Um die Hausbesitzer an der Stange zu halten, will sie den Mieterschutz brechen. Aber selbst der eisern geschlossene Bürgerblock wäre für sich allein zu schwach. Die Kapitalistenklasse sucht ihre Reserven festzuhalten und zu vermehren. Raubzölle und »Landeskulturförderungsgesetz« sind Mittel die großen bäuerlichen Massen hinter sich zu halten und sie noch dazu mit der Arbeiterschaft, die das zahlen soll, zu verfeinden. Dazu kommt, daß diese Zollpolitik die agrarischen Nachbarländer (Ungarn und Jugoslawien) dazu veranlassen wird, ihren Markt unseren Industrieprodukten noch mehr zu sperren als bisher. So führt die Politik der Kapitalistenklasse zu immer größerer Schwächung der Massenkaufkraft, zur Verengung des inneren Marktes und gleichzeitig zur Erschwerung des Absatzes im Ausland: all das vermehrt das Arbeitslosenheer.

Diesen Tendenzen zur Steigerung der Arbeitslosigkeit entgegen wirken verschiedene Gegentendenzen.

(Fortsetzung folgt.)

Revolution und Konterrevolution in China.

General Feng, der Oberstkommandierende der Hankaustruppen ist zu Tschang-Kai-Tschek übergegangen. Gleichzeitig ist der Militärkommandant von Hankau mit Waffengewalt gegen die Gewerkschaften in Hankau vorgegangen. Was sind die Ursachen und Folgen der gegenwärtigen Umwälzungen in China?

Militärrevolte oder Klassenkampf?

Als Tschang-Kai-Tschek den Umsturz in Schanghai durchführte, die Gewerkschaftsführer fälligte, als seine Unterbefehlshaber in Kanton das Gleiche taten, da glaubten viele an Verrat einer Einzelperson. Nun, da Feng und Tangschensi, der Kommandant von Hankau, denselben Weg einschlagen, kann nur mehr ein Blinder darin die »Revolte unbotmäßiger Generale« sehen.

Der Umsturz in Schanghai war die Antwort, die die chinesische Bourgeoisie an die revolutionären Arbeiter gab. »Gegen England, wenn es unnachgiebig ist, auf jeden Fall aber gegen die »unbescheidene« Arbeiterschaft«, das war der Sinn der Spaltung der Kuomintang durch Tschang-Kai-Tschek, das war die Parole der bürgerlichen Regierung von Nanjing. Diesem Beispiel ist nun Feng und schließlich der Führer der Wuhantruppen in Hankau gefolgt. Die Wuhanregierung will die nationale Befreiung Chinas. Die Arbeiter und Bauern sind ihr lieb, weil sie um die Befreiung Chinas aus dem kolonialen Joch kämpfen. Wo aber die Arbeiter und Bauern mit ihren eigenen sozialen Forderungen kamen, dort tritt ihnen die Wuhanregierung mit allen Mitteln auch mit Waffengewalt entgegen.

Das schwankende Verhalten der Wuhanregierung spiegelt nur die Schwankungen jener Schichten wider, die die Führung in der Kuomintang inne haben, der Kleinbürger, Kaufleute und Intellektuellen, die bei jeder Schwierigkeit im Verlaufe der Revolution sich nach der jeweils stärkeren Macht orientieren.

Erfolgte die Abspaltung der Großbourgeoisie angesichts der Erhebung der Arbeiterschaft, so erfolgte die Kapitulation der Kleinbürger vor der Großbourgeoisie angesichts der aufziehenden Bauernrevolution.

Die Kommunisten und die Kapitulation der Kuomintang.

Es unterliegt heute bereits keinem Zweifel mehr, daß die Kommunisten in China auf diese Umgruppierung nicht vorbereitet waren und daß sie die Massen darauf auch nicht vorbereiten konnten. Die

Kommunistische Partei in China bewegte sich, wie aus dem Munde ihrer eigenen Führer hervorgeht, während des ganzen Verlaufes der Revolution im Schlepptau der Kuomintang. Anstatt die Bauernrevolution mit der Parole der sofortigen Aufteilung des Bodens zu beleben, die Arbeiterklasse zu bewaffnen, und gestützt auf die Massen, die Wuhan-Regierung und die Kuomintang vorwärtszutreiben, bildete die kommunistische Partei eine Fraktion der Kuomintang, die, um die Eintracht nicht zu stören, oft sogar auf Kritik verzichtete. Tang-Pin-Schau hat die Folgen dieser Politik auf der 7. erw. Ekki-Sitzung mit den Worten charakterisiert: »Wir haben praktisch die Interessen der Arbeiter und Bauern geopfert.« Die Weiterentwicklung der Revolution zu einer wirklichen bürgerlich-demokratischen Revolution hatte die Selbständigkeit der komm. Partei zur Voraussetzung, denn sie allein, an der Spitze der Arbeiterklasse, konnte die gewaltigen Massen der Bauern in die Revolution führen, die Basis der Revolution erweitern und vertiefen. Ihre politische, organisatorische und ideologische Selbstständigkeit war die Voraussetzung dafür, daß nicht die Unterstützung der kleinbürgerlichen Kuomintang die Partei zur Gefangenen der Kuomintang mache, wie es tatsächlich geschah.

Ohne organisatorische Selbständigkeit mußte die Partei versagen, umso mehr, da sie kein eigenes Tagesorgan besitzt, also des wichtigsten Mittels entbehrt, die Massen in ihrem Sinne ideologisch beeinflussen zu können. Ein symptomatisches Zeichen war die Erklärung der KP Chinas vom 6. April, in der sie feststellte, »daß keine Veranlassung vorhanden ist, die Notwendigkeit der Kuomintang und ihrer Grundsätze im Verlaufe der Revolution anzuzweifeln« (Inprekorr. Nr. 37 vom 8. April 1927), damit verzichtete sie selbst auf die bloße Propaganda des Kommunismus gegenüber dem kleinbürgerlichen Programm der Kuomintang, dem Sunyaténismus.

Die Selbständigkeit der kommunistischen Partei war und ist heute noch die Schicksalsfrage für die chinesische Revolution. Diese Selbständigkeit der kommunistischen Parteien auch in den Kolonien hat Lenin mit äußerster Schärfe gefordert.

»Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen anzuhängen. Die Komm. Intern. hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien — der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen in allen rückständigen Ländern — zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung in der eigenen Nation. Die Komm. Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und den rückständigen Ländern herstellen, darf sich aber nicht mit ihr zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung sei es auch in der Kleinform — aufrechterhalten« (Protok. vom II. Weltkongreß, S. 230). Und an anderer Stelle: »Auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung muß die Revolution in den Kolonien nach dem Programm rein kleinbürgerlicher, reformistischer Forderungen, wie Aufteilung des Landes usw. durchgeführt werden. Daraus folgt aber nicht, daß die Führung in den Kolonien sich in den Händen der bürgerlichen Demokraten befinden darf. Im Gegenteil, die proletarischen Parteien müssen eine intensive Propaganda der kommunistischen Ideen betreiben und bei der ersten Möglichkeit Arbeiter- und Bauernräte gründen« (Protok. vom II. Weltkongreß, S. 149.).

Vor mehr als zwei Monaten schrieben wir bereits (»Arbeiter-Stimme« Nr. 6, Anfangs Mai): »In dem Maße als sich in den Dörfern die Sympathie der Bauern in revolutionäre Energie wandelt, als die Bauernklasse selbsttätig unter der Führung der chinesischen Arbeiterklasse in den Kampf der Klassen eingreift, wird sich der Klassenkampf in China endgültig zugunsten des Volkes entscheiden«. Es war für jeden revolutionären Marxisten klar, daß der Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution in China nur unter Führung der Arbeiterklasse an der Spitze der Bauernmassen, die die Agrarrevolution durchführen, möglich ist.

Die chinesische Revolution ist an einem ihrer schwersten Wendepunkte angelangt. Die besitzenden Klassen in China sind eher bereit, sich mit dem Imperialismus zu verbinden als die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Bauern zu erfüllen. Die chinesische Revolution hat eine Niederlage erlitten. Zu früh aber triumphieren diejenigen, die auf ihren Untergang hoffen. Die mächtige Gärung der Revolution dringt tiefer in die Städte und Dörfer und rüttelt Arbeiter und Bauern auf. Die Bauernrevolution schwillt weiter an. Es gibt nur ein Lager, das zum wirklichen Zentrum der Revolution werden kann: die kommunistische Partei Chinas, die selbständig und initiativ, aus den schweren Fehlern lernend, an der Spitze der Arbeiterklasse die Agrarrevolution entfesselt, weiterstrebt, die Revolution vertieft und in den Massen verankert, sie zu einer wirklich demokratischen Volksrevolution entwickelt.

Zum Jahresbericht der Gewerkschaftskommission.

Der alljährlich von der Gewerkschaftskommission herausgegebene Bericht ist wieder erschienen und gibt Rechenschaft der Gewerkschaften über das Jahr 1926.

Trotz geschickter angelegter Schminke stechen die für die Arbeiterschaft einzig und allein maßgebenden Hauptmerkmale: Rückgang der Zahl der Lohnbewegungen bei sinkenden Reallohnen und Sinken des Mitgliederstandes der Gewerkschaften um 51.000 hervor. Beides wird begründet mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und dem Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit.

Ueber die Tätigkeit der Gewerkschaften während des Berichtsjahres sagt der Bericht: Die Hauptsorge war den Opfern der Wirtschaftskrise, den Arbeitslosen, gewidmet, nämlich gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei wurde ein Kampf für die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung geführt. Ebenso waren die Gewerkschaften bemüht, die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung möglichst hoch zu gestalten. Die Schlussfolgerung der Gewerkschaftskommission ist: Vertröstung auf eine Zeit, wo es wieder möglich sein wird, für die Besserung der Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter kämpfen zu können, Vertröstung unter Hinweis darauf, daß in anderen Ländern die Offensive der Unternehmer den Gewerkschaften größere Schlappen beigebracht, ja diese in manchen Ländern vernichtet hat.

Die »Arbeiter-Zeitung« betont die gewaltige Bedeutung der wirtschaftlichen Stärke der Gewerkschaften, die ihren Ausdruck in der Unterstützung der Arbeitslosen findet, sie betreibt ihren diesbezüglichen Leitartikel mit »Unerschütterlich« und hebt hervor, daß das Werk der sozialpolitischen Gesetzgebung gegenüber anderen Ländern, dank der Stärke der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich, erhalten geblieben ist. — Die »Arbeiter-Zeitung« meint in bezug auf den Rückgang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, daß zwischen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit einerseits und den Abfall von Mitgliedern andererseits ein unlösbarer Zusammenhang besteht. Charakteristisch für die Lage der österreichischen Arbeiter und für die Strategie der Gewerkschaften sind folgende Worte der »Arbeiter-Zeitung«: »Es war das Jahr der bisher schwersten Massenarbeitslosigkeit. Auf Schritt und Tritt waren die Gewerkschaften gehemmt, energische Schritte zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu

unternehmen. Die Wirtschaftskrise hat nicht nur die Lebenshaltung der Arbeitslosen furchtbar herabgedrückt, sie verhindert auch eine Verbesserung der Löhne und der Lebenshaltung der Arbeiter in den Betrieben. So war das vergangene Jahr — äußerlich betrachtet — ein Jahr ruhiger gewerkschaftlicher Entwicklung in Oesterreich. Es gab keine großen Streiks, wenig große Lohnbewegungen. Die Lage des gewerkschaftlichen Kampfes im vergangenen Jahr ist dem Schützengrabenkrieg zu vergleichen, bei dem man sich in den Gräben festsetzt, um den Ansturm der Gegner aufzuhalten.

Diese Taktik der Gewerkschaftsführer, diese durch und durch falsche Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaft im Zeitpunkt der Wirtschaftskrise erklärt die Dezimierung der Gewerkschaften, die seit 1921 ununterbrochen anhält und zu einem Verlust von mehr als 320.000 Mitglieder geführt hat (1921 1 Mill. 79.777, 1922 1.049.949, 1923 896.763, 1924 828.088, 1925 807.515, 1926 756.392). Die Arbeitslosigkeit vermag diese Verluste auf keinen Fall zu erklären, denn der Mitgliederverlust der Gewerkschaften seit 1921 übersteigt die Gesamtzahl der Arbeitslosen um mehr als 100.000 (wobei noch zu bedenken ist, daß unter den 200.000 Arbeitslosen*) ein große Zahl von gewerkschaftlich Unorganisierten ist).

Im übrigen sind sich die Gewerkschaftsführer über die wahren Ursachen des Mitgliederverlustes der Gewerkschaften so ziemlich im klaren. So schreibt z. B. der »Oesterreichische Metallarbeiter« am 4. Juni 1927 zum Jahresbericht: »Aber was berichtet wird, besagt nicht viel über Aktivität und Initiative. Und doch ist die Situation eine solche, daß Arbeiter und Angestellte die Bedeutung der Gewerkschaft für sie nach der Taftkraft und Entschlossenheit bemessen, mit denen die Organisationen an der Hebung ihrer Lebenslage arbeiten.«

Das ist in dürren Worten der Grund des Mitgliederschwundes der Gewerkschaften.

Die Situation ist mehr als kritisch. Die Unternehmer greifen mit äußerster Brutalität an. Die Rationalisierung schreitet fort, sie hat in der Alpen Montan dazu geführt, daß eine um 30 Prozent verringerte Belegschaft ein vielfaches der Produktion (gegenüber 1922) erzeugt und daß — wir verweisen auf unsere genaue Darstellung in der »Arbeiter-Stimme« Nr. 7 — die Löhne im letzten Jahr bis zu 50 Prozent durch einfaches Diktat der Hüttenleitung von Donawitz gekürzt wurden. Trotz der Wirtschaftskrise weisen die Bilanzen der Großbanken, die die österreichische Industrie beherrschen ungeheure Gewinne aus. (Kreditanstalt 73,5, Bodenkredit 66,8, Eskomptgesellschaft 58, Bankverein 48 Milliarden Kronen ausgewiesener Gewinne pro 1926).

*) Die Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen betrug 1926 198.220, im Dezember 1926 betrug sie 241.295 und 30.000 Ausgesteuerte.

Wesen und Geschichte des Anarcho-Kommunismus in Oesterreich.

Abschließende Bemerkungen zu den Kämpfen in der Partei von Kurt Landau.

Wenn wir heute rückblickend die Geschichte der inneren Kämpfe der Partei verfolgen, so finden wir den Anarcho-Kommunismus als Tendenz bereits am Beginn der Parteigeschichte. Damals schien er politische Unreife, Revolutionsromantik, eine Kinderkrankheit zu sein, die im Laufe der Entwicklung von vielen kommunistischen Parteien durchgemacht wurde. Besondere österreichische und internationale Umstände haben es aber mit sich gebracht, daß gerade die österreichische Partei diese Pubertätsstufe nicht überwunden hat, sondern im Gegenteil, den als Tendenz vorhandenen Anarcho-Kommunismus zu einem dem revolutionären Marxismus feindlichen System ausbaute. Die Zugehörigkeit zur 3. Internationale zwang die Partei, ihr anarcho-kommunistisches Gesicht zu verbergen, scheinbar mit den Auffassungen des revolutionären Marxismus übereinzustimmen. Diese, durch Jahre betriebene doppelte Buchführung hat zu einer steigenden Entartung der Partei geführt, zum Hinabgleiten in den Sumpf des flachsten Opportunismus.

Die vorliegende flüchtige Skizzierung verfolgt den Zweck, jene Umstände aufzuzeigen, die den »Sieg« des Opportunismus in der Partei erklären, jenen wahren Pyrrhus-Sieg, der den anarcho-kommunistischen Opportunismus schließlich zwang, zu dem verbrecherischen Mittel der Spaltung der Partei zu greifen, um sein bankrott System fortführen zu können. Die Eigenartigkeit der Entwicklung der österreichischen Partei hat es mit sich gebracht, daß die revolutionären Marxisten in Oesterreich nicht gegen Abweichungen von der richtigen leninistischen Linie kämpfen mußten, sondern daß hier der Kampf gegen ein dem Leninismus feindliches System, gegen das opportunistische System des Anarcho-Kommunismus auf der Tagesordnung stand.

In Deutschland z. B. kämpften die revolutionären Marxisten gegen die Bestrebungen von rechts (Levi, Brandler) und von links (K. A. P.*) den Bolschewismus zu liquidieren. — Dort focht der Leninismus (und ficht noch heute) gegen alle Tendenzen zur Revision des Leninismus. In

*) Kommunistische Arbeiter-Partei, linksradikale Partei, anti-parlamentarisch für revolutionäre Sondergewerkschaften.

Steigende Ausbeutung und riesig wachsende Profite, sinkende Real-löhne und — »wenig Lohnbewegungen« ist es zu verwundern, daß die Massen in den Betrieben an der Gewerkschaft verzweifeln, die gerade dann versagt, wenn sie am notwendigsten ist, in der Zeit der Unternehmeroffensive?

Wie niedrig die Löhne der österreichischen Arbeiter gegenüber den Arbeitern des Auslandes stehen dafür liefert uns die Arbeiter-Zeitung vom 5. Juni ein Beispiel. In der Rubrik »Wirtschaft und Gewerkschaft« heißt es: »Die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Holzverarbeitenden Branche sind im Vergleich zu anderen Industriegruppen nicht die schlechtesten. Trotzdem stehen die Löhne der österreichischen Holzarbeiter im Vergleich zu den Löhnen der Holzarbeiter in anderen europäischen Ländern erst an einer eliter Stelle.«

Was die Unternehmer wollen, ist die Zersetzung und Zerschlagung der Kampffähigkeit der Kampf-instrumente der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, dem kommen sie Schritt um Schritt näher, wenn die Gewerkschaften ihre »Schützengräben« immer weiter nach rückwärts verlegen, wenn sie sich, anstatt zu ernstem Kampf zu entschließen, lediglich auf den Sanitätsdienst für die Opfer dieses Kampfes verlegen und beschränken und wenn sie durch diese Taktik die Desertion fördern und die Verwundeten aus der Armee ausstoßen.

Wohl muß zugegeben werden, daß in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation erfolgreiche Lohnkämpfe schwerer durchzuführen sind. Wirtschaftskrise und Massenelend hemmen die Initiative der Arbeiterschaft. Es wäre Demagogie oder Unverständnis zu leugnen. Aber besagt dies etwa, daß man passiv bleiben darf?

Im Gegenteil. Die Aufgabe der Gewerkschaft wäre es, die Organisationsformen und die taktischen Maßnahmen den veränderten Verhältnissen anzupassen, den gewaltigen Veränderungen, die darin bestehen, daß durch die Konzentration der Betriebe die Arbeiterklasse nicht mehr Einzelunternehmern, sondern dem organisierten Kapitalismus gegenübersteht.

Die Massen haben in den letzten fünf Jahren die reformistische Gewerkschaftstaktik mit dem Austritt beantwortet. Nicht die kleinste Schuld an dieser gefährlichen Antwort hat der Anarcho-Kommunismus mit seiner starren, schematischen, prinzipiellen Lizitationspolitik, die unfähig ist, entsprechend den konkreten Verhältnissen der Arbeiterklasse den Weg nach vorwärts zu zeigen. Die Aufgabe der revolutionären Kommunisten in den Gewerkschaften ist es, mit der größten Geduld und Kraft das Verderbliche der reformistischen »Schützengrabenpolitik« nicht allgemein, sondern den konkreten Betriebs- und Ortsverhältnissen angepaßt, den Klassengenossen aufzuzeigen und jeder Tendenz zum Austritt nicht nur entgegenzutreten, sondern unter scharfer Kritik der falschen Politik für den Eintritt in die Gewerkschaft zu werben.

Die Periode der revolutionären Hochflut (1918 — 21)

In diesen Jahren trägt die Partei noch keinen scharf umrissenen Organisationscharakter. Sie erscheint als Strömung, Träger des bolschewistischen Prinzips von der Diktatur des Proletariats. In der Partei selbst sind Richtungen und Meinungen noch nicht scharf umrissensichtbar, obgleich einzelne Fragen, wie z. B. die Frage der unmittelbaren Macht-ergreifung im Juni 1919 die junge Partei schwer erschütterten. Die Partei besitzt große Sympathien in den Betrieben und einen starken Einfluß im Arbeiterrat, der Volkswehr und insbesondere in den Reihen der Arbeitslosen. Der akut revolutionäre Charakter dieser Periode verdeckt die Schwächen der Partei auf dem Gebiet der Taktik und Organisation; sowohl objektiv, als auch im Bewußtsein der durch die Inflation revolutionierten Massen bekommt die Fragestellung: Wiederaufbau des Kapitalismus oder »Beseitigung des kapitalistischen Staates« einen aktuellen Charakter. Ebensoviele wie eine Organisation besitzt die aus dem Zusammenschluß einzelner Gruppen entstandene Partei einen Funktionärstab und eine anerkannte Führung. Erst im Jahre 1921 zeigen sich im Zusammenhang mit der Levi-Krise in Deutschland die ideologischen Gruppierungen.

Von der Märzaktion bis zum deutschen Oktober (1921 — 23)

Im Jänner 1921 war der Zusammenschluß der aus der Sozialdemokratie ausgebrutten Linken unter Führung Josef Freys mit der kommunistischen Partei erfolgt. Im März-April erfolgte in Deutschland die Levi-Krise*, die die ganze Komintern zwingt, die Taktik der deutschen und mit ihr alle europäischen Parteien zu überprüfen. In Oesterreich führt die Levy-Debatte zu einem Kampf zwischen dem Levy-Anhänger Josef Straßer und der Mehrheit des Parteivorstandes unter Führung Freys. Obgleich sich der Kampf äußerlich zwischen zwei Gruppen abspielte, existierten in Wirklichkeit damals bereits die charakteristischen drei Gruppen.

An der Spitze der Rechten stand Josef Straßer, gegen sie focht Frey mit dem Häuflein politisch reiferer Elemente*, die eigentliche Mehrheit der Partei, politisch amorph, gefühlsmäßig auf der Seite der später vom 3. Weltkongreß verurteilten deutschen »linken« Strategen der Märzaktion, unterstützte unter Führung Tomans den Kampf gegen Straßer als es klar wurde, daß der 3. Weltkongreß Levy verurteilen werde.

Die politisch amorphe Mittelgruppe repräsentierte in der Parteigeschichte bis zum heutigen Tage Karl Toman. Er ist der vollendetste Vertreter aller politischen Rückständigkeit in der Partei und gleichzeitig ihr Nutznießer. Ohne politischen Halt, ausgestattet mit einer feinen Witterung für die Stimmungen der Parteimitglieder, dabei selbst Stimmungspolitiker, sieht er seine politische Mission darin, in der Partei eine politisch neutrale, fraktionell organisierte, rein personell eingestrichelte Gruppe der »Unpolitischen« zu stabilisieren, die in den entscheidenden Situationen durch ihre Stellung als Zünglein an der Waage den Ausschlag gibt. Diese eigentümliche Zwitterstellung der Gruppe Toman macht sie zu einem Barometer für die jeweiligen Strömungen in der Partei. Aus ihrer Mitte wird am raschesten auf Kurs- (richtiger Konjunktur-) änderungen reagiert. Aus ihren Reihen entwickelten sich der eigentliche Anarcho-Kommunismus. — Ihr schloß sich auch die alte, bankerotte, ehemals ultralinke Gruppe Koritschoner an, die heute übrigens ausgesprochen menschenwärtige Züge trägt und sowohl im Rahmen der Fraktion als auch im Maßstabe der Partei vollkommen einflußlos geworden ist. (Fortsetzung folgt.)

**) Paul Levi, derzeit linker Sozialdemokrat, 1921 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands, fiel der deutschen Partei in der Märzaktion in den Rücken, wurde ausgeschlossen.

*) Es wäre zweifellos unrichtig, die Gruppe Frey in ihrer damaligen Zusammensetzung als den bolschewistischen Flügel zu bezeichnen. Eine ausgeprägte Strömung war die Rechte (mit Straßer), während die Toman-Gruppe, ohne selbst Träger des Anarcho-Kommunismus zu sein, anarcho-kommunistische, syndikalistische und rechte Strömungen vereinigte. Ihr prinzipiell unpolitischer Charakter, ihr Opportunismus war jenes österreichische Moment, das die Entwicklung des Anarcho-Kommunismus begünstigte. Im Kampf mit diesen zwei Lagern, später im Kampf mit den Ultralinken und mit den »Unpolitischen« repräsentierte die Richtung Frey die bolschewistische Tendenz. Erst in schweren, jahrelangen Kämpfen entwickelte sich die bolschewistische Gruppe, unsere heutige kommunistische Partei (Opposition). Und selbst heute stehen wir erst am Beginn der wirklichen Bolschewisierung, nachdem es in diesen Kämpfen gelungen ist, den Anarcho-Kommunismus zu schlagen, zurückzudrängen, so daß er, um sich zu behaupten, bewußt zu dem verbrecherischen Mittel der Spaltung griff. Was wir bis jetzt erreicht haben ist, daß nunmehr der Entwicklung einer wirklichen kommunistischen Partei keine inneren Widerstände entgegenwirken.

Herren- und Damenschneider

verfertigt nach neuester Mode die schönsten Herren- und Damenkleider, insbesondere Sportbekleidung, auch aus mitgebrachten Stoffen billigst. Für Fixbesoldete auch TEILZAHLUNG

KARL ANTOSCH, V., VOGELSGANGGASSE 34, III/29

Eigentümer: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236. — (Im Auftrage der Kommunistischen Partei Oesterreichs, Opposition). — Herausgeber und Verleger: Hans Thoma, II., Novaragasse 24/22. — Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. — Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, III., Custozzgassee 8